Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Für die Montag-Morgen-Ausgabe: Sonnabend Mittag.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 58. Sonntag den 2. Februar 1896. 90. Jahrgang.

Aus der Woche.

. Die letzten Wochen haben eine seltsame Erscheinung gezeitigt Politiker, Parteien und Zeitungen, die ein Vierteljahrhundert lang ihre Hauptaufgabe darin erblickt haben, Alles zu fördern und — was die Hauptsache ist — zu bewilligen, was des Reiches Sicherheit, Einfluß und Ansehen erheischte, Parteien, die durch die Opfer, die sie dem Lande für die Vertheidigungsfähigkeit auferlegen für ihre Pflicht hielten, ihre Stellung gegenüber den Wählern erschwert haben — wir stehen nicht an, einzuräumen, daß die unserige sich in diesem Falle befindet — solche Parteien, Politiker und Preßorgane sehen sich genöthigt, in der Frage der Verstärkung der deutschen Seewehr den Eifer Anderer zu zügeln. Das sieht, wie gesagt, seltsam aus, ist es aber nicht. Die Mahnung zur Besonnenheit ist eben auch nichts Anderes als ein Act der bisher verfolgten Reichsbefestigungspolitik. Wer eine erhebliche, über den bestehenden „Flottengründungsplan" hinausgehende Vermehrung unserer Kriegsschiffe will, der muß dem wohlfeilen nationalen Bardengesängen Schweigen gebieten, denn diese compromittiren den Gedanken der Erhöhung der Seemacht. Sie spielen den geborenen Gegnern jeder nationalen That Waffen in die Hände und bereiten durch ihre Uebertreibungen in dem gerade jetzt für Marinezwecke opferbereiten Theile der Bevölkerung eine Reaction vor. Die Deutschen haben — obwohl wir es lange genug probirt hatten — die Einheit nicht durch Bankette, Reden und dithyrambische Leitartikel errungen und sie werden auch eine der deutschen Machtstellung entsprechende Flotte nicht auf diesem Wege erhalten. Hierzu bedarf es ernster, unermüdlicher **politischer Arbeit. Die jetzt im Vordergrunde Geräusch machen, dürften die dazu erforderlichen festen Knochen kaum besitzen. Wenn man Leute sieht, die durch private Geldsammlungen die Mittel für zahlreiche Panzerschiffe und Kreuzer aufbringen wollen, so muß sich an den Kopf greifen und fragen: „Haben wir die Schule von 1866 bis 1890 umsonst durchlaufen, hat ein Bismarck in einer dreißigjährigen Führer- und Lehrerthätigkeit nicht einmal die Elemente der Politik beizubringen vermocht?"

Doch dieser kindische Einfall scheint zurückgedrängt. Aber die Chorführer, welche die Gelder durch das Reich aufgebracht sehen wollen, sind ebenfalls nicht vertrauenerweckend. Wer Mittel für Schiffe will, der muß einen Reichstag wollen, der sie bewilligt, der Kaiser allein kann uns nicht dazu verhelfen. Aber die zur Zeit entzündeten Herrn sind zu oft dabei betroffen worden, wie sie die Nothwendigkeit, Nützlichkeit und Verdienstlichkeit von Parteien, die für dergleichen absolut nicht zu haben sind, mehr oder minder gelehrt nachwiesen und dafür den nationalen Parteien die Existenzberechtigung aberkannten. Man darf aber, wenn man Großes will — und die Schöpfung einer ausreichenden deutschen Kriegsmacht war etwas Großes — sich nicht durch Liebhabereien vom Ziele abziehen lassen, sondern muß sich nach großen, eben vom Ziele bestimmten Gesichtspuncten Freund und Feind auswählen. Jene Liebhabereien und Schwärmereien, dessen sind wir sicher, sitzen tiefer als die augenblickliche Begeisterung und darum wird sich das schöne Brillantfeuerwerk alsbald herausstellen als „Theaterfeuer, das keine Pfeife Tabak entzündet", geschweige denn den Heizraum eines Panzerschiffes.

Wir wollen von Niemanden verlangen, daß er ein Kornfeld aus der Erde stampfe, sondern die politischen Arbeiter heranziehen, die das Land zu bestellen gewillt sind. So lange die nicht da sind, würde auch ein Kanzlerwechsel, von dem man im Zusammenhang mit der Marinefrage gesprochen, nichts nützen. Wahrscheinlich hat das Gerede keinen anderen Entstehungsgrund gehabt, als das Bedürfniß, eine neu begründete Entenbrutanstalt zwischen Elbe und Weser mit einer „Sensation" zu eröffnen. Krisen zu signalisiren, ist ja heutzutage leicht und niemals sehr gewagt, denn die Krisis ist ja das einzig Dauernde im Wechsel unserer politischen Zustände geworden. Am allerleichtesten aber ist eine „Boetticher-Krisis" zu signalisiren, wie vorgestern wieder ein Berliner Blatt gethan hat. Der Staatssecretair des Innern ist sicher dieses Amte müde — er hat für zu Vielerlei plaidirt — und wird „früher oder später" seiner „ausgesprochenen" Neigung gemäß einen höchsten Verwaltungsposten in der Provinz beziehen. Ob der Wechsel aber so rasch erfolgt, steht dahin. Von „ernsten und wohlunterrichteten Politikern" war mit Bestimmtheit in Aussicht gestellt worden, Herr v. Boetticher würde als Minister und Staatssecretair die Kalenden des Januar nicht erleben, und vorgestern noch hat er im Reichstag den Etat vertreten.

Die englischen Gesellschaften in unseren südwestafrikanischen Schutzgebieten.

△ Wir haben schon früher Anlaß genommen, auf die Unzuträglichkeiten hinzuweisen, welche die Concessionirung der großen englischen Gesellschaften in unseren südwestafrikanischen Schutzgebiete mit sich gebracht hat. Die Richtigkeit unserer Anschauung, die sich mit den von den Abgeordneten Dr. Hammacher, Graf Arnim u. A. im Reichstage wiederholt vorgetragenen Ansichten deckt, wird durch die Denkschrift über die Entwickelung der deutschen Colonien im Jahre 1894/95 aufs Neue bestätigt. Der auf Deutsch-Südwestafrika bezügliche Theil der Denkschrift weiß zwar viel von Plänen und Projecten zur Förderung der Colonie zu berichten, aber sehr wenig von wirklichen Arbeiten und noch weniger von Erfolgen in dieser Richtung. Das Wenige, was über Fortschritte in der culturellen Erschließung unseres südwestafrikanischen Schutzgebietes gemeldet wird, entfällt fast ganz auf die Leistungen der öffentlichen Verwaltung. Das wichtigste Thätigkeitsfeld, die Besiedelung des Landes, liegt nach wie vor so gut wie brach. Es ist ungemein bezeichnend, daß die Denkschrift, welche sich bezüglich Südwest-Afrikas nicht auf das Etatsjahr 1894/95 beschränkt, sondern über dasselbe hinaus bis in die letzten Monate des Jahres 1895 greift, in dieser Beziehung von einer Thätigkeit der großen englischen Gesellschaften nichts zu berichten hat. Die gesammten Fortschritte in der Besiedelung der Colonie, welche sich außer einigen Ansiedelungen in Windhoek selbst auf den Verkauf von 13 größeren Farmen und von 6—8 kleineren Anwesen beschränken, welch' letztere an Buren-Familien überlassen wurden, rühren aus der Thätigkeit der staatlichen Verwaltung und der der beiden in Südwestafrika wirkenden deutschen Gesellschaften her. Von Seiten der Regierung sind in dem Berichtsjahre 11 größere Farmen verkauft worden, von der deutschen Colonialgesellschaft für Südwestafrika und von dem Syndicat für südwestafrikanische Siedelung wurde je 1 solche verkauft. An der Möglichkeit, unter angemessenen Bedingungen Käufer für Farmen zu finden, kann darnach nicht gut gezweifelt werden, und man darf es offen aussprechen, daß die Verzögerung der Besiedelung der Colonie lediglich auf die speculative Zurückhaltung der englischen Gesellschaften zurückzuführen ist.

Interessant ist, was die Denkschrift über die culturelle Thätigkeit dieser englischen Gesellschaften mitzutheilen weiß. Von der South West Africa Company wird nur gemeldet, daß sie Schürfarbeiten vorgenommen habe, im Uebrigen aber beabsichtige, nunmehr auch mit der wirthschaftlichen Erschließung und Besiedelung ihres ungeheuren Landcomplexes vorzugehen. Daß die Gesellschaft einigen Trekk-Buren die Niederlassung in ihrem Gebiete zugestanden hat, bezeichnet die Denkschrift in höchst bescheidener Auffassung der Dinge bereits als den Anfang der Ausführung dieser Absicht. Von der gleichfalls mit englischem Gelde arbeitenden Hanseatischen Land-, Minen- und Handelsgesellschaft für Südwestafrika berichtet die Denkschrift nur, daß sie Anstalten getroffen habe zur Verwerthung ihrer Bergwerksgerechtsame und daß sie beabsichtige, eine Minen-Expedition auszurüsten. Ueber eine Thätigkeit der Kaoko-Land- und Minen-Gesellschaft enthält der Bericht überhaupt nichts. Die Gesellschaft ist allerdings erst am 11. April 1895 constituirt worden, aber es sind doch schon etliche Monate seither ins Land gegangen, ohne daß man von der Inangriffnahme cultureller Arbeiten durch sie gehört hat. Bezüglich der zweiten großen englischen Gesellschaft, des Kharaskhoma Prospecting and Exploring Syndikat Limited, beschränkt sich die Denkschrift darauf, die Verpflichtungen derselben gegenüber dem deutschen Reiche aufzuzählen, welche namentlich in der Erbauung eines Schienenwegs von Lüderitzbucht nach dem Hinterlande bestehen. Von einer Erfüllung dieser Verpflichtung ist bisher nicht die Rede gewesen. Wir können auch in der Bildung einer Zweiggesellschaft der African Territories Company, die angeblich zur Aufbringung der Kosten für die zur Durchbrechung des dem Innern Südwestafrikas vorgelagerten Dünengürtels nothwendigen Arbeiten kürzlich errichtet wurde, einen Schritt zur Erfüllung dieser Verpflichtung nicht erblicken.

Die ganze Sache stellt sich mehr und mehr als ein reines Finanzmanöver heraus. Einen anderen Eindruck kann man vorläufig überhaupt nicht von dem Gebahren der in dem deutschen südwestafrikanischen Schutzgebiete concessionirten englischen Gesellschaften erhalten, und das läßt die Ansicht mehr und mehr als berechtigt erscheinen, daß diese Gesellschaften Zwecke verfolgen, welche nicht im Interesse unseres Colonialbesitzes liegen. Man braucht einerseits nur an die durch die jüngsten Vorgänge in Südafrika aufs Neue bethätigte enge Verbindung zwischen Politik und Geschäft bei den Engländern zu verweisen, andererseits an die im Kapparlament ausgesprochenen Absichten der dortigen Vertreter der englischen Politik zu erinnern, um den Verdacht nicht unbegründet zu finden, daß man es bei der Unthätigkeit der englischen Gesellschaften in Südwest-Afrika mit einem planmäßigen Verhalten zu thun hat. Die Reichsregierung hat alle Ursache, dahin zu wirken, daß die Folgen des nun einmal mit der Concessionirung dieser Gesellschaften begangenen Fehlers sich nicht in einer absichtlichen Verzögerung der Entwickelung unseres Schutzgebietes allzu sehr fühlbar machen.

Deutsches Reich.

-g- **Leipzig**, 1. Februar. Wie wir erfahren, findet der vielbesprochene Landesverrathsproceß gegen Schoren und Genossen am 2. März vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenate des Reichsgerichts statt. Die Anklage vertritt Herr Reichsanwalt Treplin.

* **Berlin**, 1. Februar. Die Reichsregierung hat für die Hochseefischerei in der Nordsee einen umfangreichen Schutz angeordnet. Außer dem Aviso „Meteor" sollen die in der Nordsee manövrirenden Divisions- und Torpedoboote, sowie einige ältere Fahrzeuge der Marine mit der Ueberwachung der Nordseefischerei beauftragt werden. Bereits im vergangenen Jahre erfolgte eine Verstärkung der Fischereischutzfahrzeuge, wodurch eine Besserung der Verhältnisse eintrat. Die Uebergriffe der englischen Fischer, die sich in früheren Jahren häuften, nahmen wesentlich ab; nur in einem Falle kam es zu einem ernstlichen Einschreiten von deutscher Seite. Durch die geplante Vermehrung der Ueberwachungsschiffe wird es gelingen, die Engländer vollständig vom deutschen Gebiet fernzuhalten und den Belästigungen unserer Nordseefischer durch englische Concurrenten ein Ende zu machen. In den Kreisen der Ostseefischer macht sich, wie man dem „B. T." schreibt, der Wunsch geltend, daß auch im baltischen Meere ein Schiff zum Schutz und zur Ueberwachung stationirt werde. Zwischen deutschen und dänischen Fischern kommen häufig Streitigkeiten über die Seegrenze vor und führen zu mancherlei Mißhelligkeiten. Im verflossenen Jahre mußte eine deutsch-dänische Commission an Ort und Stelle Untersuchungen zur genaueren Festsetzung der Grenzlinie vornehmen. Schwedische Fischer wurden im vergangenen Sommer aufgegriffen, als sie auf deutschem Gebiet dem Fange oblagen. Im letzteren Falle lag Unkenntniß der Seegrenze vor. Sobald ein deutsches Kriegsschiff in der Ostsee stationirt würde, dürfte die Sorglosigkeit der Ausländer gegenüber dem Betreten des deutschen Seegebietes aufhören.

* **Berlin**, 1. Februar. „Religion ist Privatsache" dieses programmatische Schlagwort hat der zielbewußten Socialdemokratie schon manche Unbequemlichkeiten verursacht. Der „Vorwärts" befolgt deshalb bezüglich der Massenversammlungen behufs Austritts aus der Landeskirche, die von bekannten Socialdemokraten, dem Buchhändler Ad. Hoffmann, der mit seinem Zehn-Gebote-Vortrage s. Z. so klingende Resultate zu erzielen wußte, dem Klempner Engler u. s. w. geleitet werden, die Taktik des Todtschweigens. Die „Consequenten" unter den Genossen, die aus ihrem Hasse gegen allen „religiösen Kram" keinen Hehl machen, sind entrüstet über die „schwächliche Haltung" des officiellen Parteiblattes, das aus Rücksicht auf die „Lauwarmen", wie sie sagen, nicht wage, seiner „religionsfeindlichen Tendenz" offen Ausdruck zu geben. In einer vorgestern stattgehabten Volksversammlung, die sich mit dem sogenannten „Massenaustritt" aus der Kirche zu befassen hatte, wurde, wie die „Post" berichtet, constatirt, daß wiederum kein Berichterstatter des „Vorwärts" anwesend war. Die Commission wurde beauftragt, deshalb Beschwerde zu führen und in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten. Ob der „Vorwärts" auf die Gemessen Rücksicht nimmt, bleibt abzuwarten, um so mehr, als bei einer auch nur annähernd objectiven Wiedergabe der Reden in diesen antikirchlichen Parteiversammlungen die Führer der Socialdemokratie schlecht fortkommen. Es ist in den Versammlungen, die bisher stattfanden, wiederholt auf das „beschämende Verhalten" des Reichstagsabgeordneten Singer, der noch der jüdischen Religionsgemeinschaft angehöre, und des Abgeordneten Fischer, der seine Kinder katholisch taufen und erziehen lasse, hingewiesen worden. In der vorletzten Versammlung feierte der Genosse Neuhaus es als einen „Triumph der atheistischen Idee" innerhalb der Socialdemokratie, daß die Reichstagsabgeordneten Harms und Schultze-Königsberg auf das Drängen ihrer Wähler hin nunmehr aus der Landeskirche ausgeschieden seien. Diese und ähnliche Aussprüche von Parteigenossen, die man nicht ohne Weiteres mit „anarchistischem Geschimpfe" abthun kann, lassen dem Organ des Herrn Paul Singer diese Volksversammlungen, wo „das souveraine Volk" ohne die Führer ersten Grades tagt, ganz und gar unschmackhaft erscheinen.

Y. **Berlin**, 1. Februar. (Telegramm.) Der **Kaiser** und die **Kaiserin** unternahmen heute Vormittag den üblichen gemeinsamen Spaziergang durch den Thiergarten. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Generalstabes und arbeitete dann längere Zeit mit dem General von Hahnke. Um 1 Uhr nahm der Kaiser eine größere Reihe militairischer Meldungen entgegen und empfing sodann eine Abordnung des 6. bayerischen Infanterieregiments Kaiser Wilhelm, König von Preußen, die sich aus Veranlassung der Ernennung des Kaisers zum Chef des genannten Regimentes bei demselben vorstellte. Die heutige Frühstückstafel fand wie gewöhnlich gegen 1½ Uhr statt und es waren zu derselben geladen: die Großfürstin Konstantin von Rußland, welche auf der Rückreise nach St. Petersburg, von Dessau kommend, hier eingetroffen ist; ferner der Herzog und die Herzogin Friedrich Ferdinand, sowie Prinz und Prinzessin Albert von Sachsen-Altenburg.

⊙ **Berlin**, 1. Februar. (Telegramm.) Der **Bundesrath** hatte für heute Nachmittag 3 Uhr im Reichstagsgebäude eine Sitzung anberaumt, um über den Gesetzentwurf, betreffend die Besteuerung des Zuckers, sich endgiltig zu entscheiden.

⋈ **Berlin**, 1. Februar. (Telegramm.) Hofprediger **Stöcker** ist heute aus dem Eisen-Ausschuß der conservativen Partei ausgeschieden. Er war in der Sitzung, die der Ausschuß heute Vormittag im Reichstagsgebäude abhielt, nicht erschienen.

⋈ **Berlin**, 1. Februar. (Telegramm.) Bestem Vernehmen nach hat Herr **v. Levetzow** vorgerückten Alters und persönlicher Verhältnisse wegen seine Entlassung als Landesdirector von Brandenburg erbeten. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt, die Blätter nennen den Freiherrn von Manteuffel.

□ **Berlin**, 1. Februar. (Privattelegramm.) Behufs anderweiter Regelung der Bestimmungen über die Arbeitseinstellung und die internationale Unterstützung im Buchdruckgewerbe soll auf Vorschlag des internationalen Buchdruckersecretariats ein **internationaler Buchdrucker-Congreß** nach Zürich oder Brüssel einberufen werden. Die **Glasarbeiter** beabsichtigen ihren internationalen Congreß nicht in Belgien, sondern in London zur Zeit des internationalen Socialisten-Congresses abzuhalten.

□ **Berlin**, 1. Februar. (Privattelegramm.) Der gesammte Vorstand des socialistischen Turnvereins **„Vorwärts"** in Luckenwalde und acht Mitglieder des Vereins sind wegen Meineids und Verleitung dazu verhaftet worden. (Wiederholt.)

— Der „Schles. Ztg." wird geschrieben: „In maßgebenden Kreisen der Reichsverwaltung werden die Aussichten auf das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches in der laufenden Session des Reichstages für sehr gering angesehen. In der That ist es nichts weniger als günstig, daß schon die Erörterung der Frage der geschäftlichen Behandlung der Vorlage vorläufig zu einem negativen Ergebniß geführt hat. Gleichwohl wäre es irrig, anzunehmen, daß die Mehrheit des Reichstages für das baldige Zustandekommen des Entwurfs sich nicht interessire. Gerade das Gegentheil ist der Fall. Dem Reichstag versagt aber anscheinend jedesmal die Kraft, aus sich selbst heraus einen herzhaften Entschluß zu fassen, wenn es darauf ankommt, die Momente der Verständigung zwischen den Parteien über die parteipolitischen Gegensätze hinauszuheben. Wenn es auch an und für sich wenig wahrscheinlich ist, daß bis zu der ersten Lesung des Entwurfes in der nächsten Woche ein brauchbarer Vorschlag zur Abkürzung des Berathungsverfahrens gemacht werden wird, so erscheint es doch einstweilen nicht absolut ausgeschlossen, daß vielleicht noch während der Lesung selbst ein fruchtbarer Gedanke auftaucht. In einem Theil der Presse begegnet man mehrfach dem Vorwurf, daß das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche eine reactionaire Tendenz mit auf den Weg bekommen habe. Richtiger dürfte die Behauptung sein, daß das Einführungsgesetz einen particularistischen Zug an sich trage. Das ist aber nichts Ueberraschendes, denn es hat sich immer deutlicher herausgestellt, daß die Verschiedenartigkeit insbesondere der agrarischen Verhältnisse in Deutschland so groß ist, daß hierauf bei der Einführung eines einheitlichen Privatrechts im Reiche weitgehende Rücksicht zu nehmen war. Wie wir zu wissen glauben, hat sich namentlich auch die königl. preußische Regierung auf diesen Standpunct gestellt."

— Der Münchener „Allg. Ztg." wird aus Berlin berichtet: „In parlamentarischen Kreisen erwartet man bereits für die Verhandlung über den Marine-Etat in der Budget-Commission autoritative Erklärungen darüber, daß von uferlosen Plänen in Bezug auf die Vermehrung der deutschen Flotte keine Rede sei, daß die verbündeten Regierungen aber das Ziel einer Verstärkung unserer wesentlich dem Schutz der überseeischen deutschen Interessen zu dienen bestimmten Kreuzerflotte unentwegt verfolgen. Von dieser Absicht kann man schlechterdings nicht überrascht sein, wenn man sich der programmatischen Erklärung erinnert, die der gegenwärtige Reichskanzler Fürst Hohenlohe alsbald nach Antritt seines Amtes im Reichstage abgab, sowie der Worte, mit welchen der Staatssecretair des Auswärtigen Amts im vorigen Jahre bei Beantwortung der Interpellation Hasse, betr. den Schutz der Deutschen im Auslande, als eine unentbehrliche Voraussetzung für die wünschenswerthe wirksame Ausübung derselben die Verstärkung unserer Kreuzerflotte bezeichnete."

— Aus deutschen Kreisen in Chile erfährt der „Hamb. Corresp.", daß die dorthin commandirten preußischen Officiere sich zum größten Theil mit ihrer Lage wenig zufrieden äußern. Sie hätten meist Vorgesetzte, die im Dienstalter jünger sind als sie selbst, auch stehe ihre Bezahlung durchaus nicht im Einklang mit den Theuerungsverhältnissen des Landes.

— Zu stürmischen Auseinandersetzungen über die Stellung der Berliner Arbeiterorganisationen zu dem im Mai stattfindenden Gewerkschaftscongreß kam es gestern in der Berliner Gewerkschaftscommission. Namens der Generalcommission hatte der Reichstagsabgeordnete Legien an die officielle Vertretung der hiesigen Gewerkschaften das Ersuchen gerichtet, die Vorarbeiten zu dem Congreß zu übernehmen. Gewerkschaftssecretair Millary empfahl, diesem Verlangen Folge zu geben, was den heftigsten Widerspruch der von dem Congresse ausgeschlossenen Localorganisation hervorrief. Von dieser Seite wurde die Generalcommission beschuldigt, Zwietracht unter den organisirten Arbeitern zu säen, dem Congreß wurde ein völliges Fiasco in Aussicht gestellt. Die Vertreter der Berliner Metallarbeiter erklärten, falls der Wunsch Legiens erfüllt würde, aus der Gewerkschaftscommission antreten und einen Kampf herausbeschwören zu wollen, der die gesammte Bewegung auf Jahre hinaus lahmlegen würde. Nur wenige Redner nahmen für die Generalcommission Partei. In namentlicher Abstimmung wurde mit geringer Mehrheit der Antrag Millary abgelehnt. Die Berliner Gewerkschaftscommission hat sich damit gegen den Gewerkschaftscongreß in der beabsichtigten Form ausgesprochen.

— Für den Berlin-Brandenburger Heilstätten-Verein für Lungenkranke hat der Cultusminister Dr. Bosse aus einem ihm zur Verfügung stehenden Fonds einen Beitrag von 5000 ℳ gezeichnet.

* **Oldenburg**, 1. Februar. Der „Magdeb. Ztg." wird telegraphisch von hier gemeldet: Heute Morgen ist das Befinden der Großherzogin derartig, daß ihr Ableben stündlich zu erwarten steht. Die Schwester der Großherzogin, Prinzessin von Altenburg, ist anwesend.

* **Posen**, 31. Januar. Die letzte Nummer des kirchlichen Amtsblattes für die Erzdiöcese Gnesen-Posen bringt u. A. einen Abdruck des Erlasses des Ministers des Innern vom 2. November 1895 in Betreff der Betheiligung der Geistlichen an den Berathungen der Gemeinden über die Waisenpflege. In dem Erlasse wird u. A. darauf hingewiesen, daß es sich empfehle, die von den Waisenräthen geführten Waisenlisten den Geistlichen mitzutheilen. Der beabsichtigte Zweck werde jedoch eher erreicht durch die unmittelbare Theilnahme der Geistlichen an der Waisenpflege, sofern dieselben ihre Bereitwilligkeit zur Uebernahme der Waisenraths-Aemter zeigten. Es empfehle sich daher, daß die Gemeindebehörden diese Aemter den Geistlichen anträgen, und es sei wohl auch zu erwarten, daß sie sich davon nicht zurückziehen würden. Der „Kuryer" bemerkt hierzu: „Angesichts der Wichtigkeit der Erziehung der Waisen nach ihrem Religionsbekenntniß und ihrer Nationalität zweifeln wir nicht, daß unsere Geistlichen gern das Amt annehmen werden, zu dem sie schon in ihrer priesterlichen Eigenschaft vor allen Anderen berufen sind." — Das ist doch deutlich!

* **Weimar**, 1. Februar. Der Landtag hat sich behufs Theilnahme an dem goldenen Dienstjubiläum des Staatsministers Groß (am 3. Februar) bis Dienstag vertagt. — Aus der vorgestrigen Berathung des Landtags über das neue Landtagswahlgesetz ist noch hervorzuheben, daß der Abg. Kolbe, der früher für das allgemeine directe und geheime Wahlrecht eingetreten ist, erklärte, er habe seine Ansicht geändert; dieses Wahlsystem gereiche nicht zum Wohle des Volkes. Er hoffe, daß eine Verständigung über den vorliegenden Entwurf, der viele annehmbare Vorschläge enthalte, herbeigeführt werden wird. Einen sehr heftigen Ton schlug der socialdemokratische Abgeordnete Baudert an. Er machte dem Minister den Vorwurf, daß er einen reactionären Entwurf so warm vertheidigt habe wie kein anderer deutscher Staatsminister. Als er die Bemerkung machte, daß eigenthümliche Gefühle das Volk an dem in diesen Tagen stattfindenden 50jährigen Dienstjubiläum des Ministers bewegen würden, entstand große Unruhe, und der Präsident wies den Redner auf die Ungehörigkeit seiner Worte hin. Baudert schloß seine Agitationsrede mit den Worten: Werde das Gesetz angenommen, so werde die Liebe des Volkes zu Fürst und Vaterland schwinden. Abg. Eckardt-Ilmenau führte aus, nach den Worten Baudert's würden sich wohl auch die noch

SLUB
Wir führen Wissen.